



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten

„Wir müssen die Europäische Union noch besser machen!“

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Bundestag

In der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nach der Europawahl standen das Wahlergebnis und die Frage nach dessen Auswirkungen im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Bei den Wahlen hat die Union nicht nur in Deutschland klar als stärkste Kraft gewonnen. Auch die Europäische Volkspartei (EVP), zu der auch CDU und CSU gehören – hat am 25. Mai mit fast 30 Prozent der Stimmen europaweit gewonnen.

Damit kann die EVP den Anspruch erheben, den zukünftigen Kommissionspräsidenten zu stellen. Nach dem Vertrag von Lissabon muss nun der Europäische Rat – also die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten – dem Europaparlament mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten vorschlagen. Das Parlament kann diesen dann bestätigen oder ablehnen. Der Vertrag verlangt, dass dabei das Ergebnis der Europawahl berücksichtigt werden muss. Angela Merkel stellte sich in ihrer Regierungserklärung klar hinter Jean-Claude Juncker. Die stärksten Fraktionen des Europaparlaments hatten zügig nach der Wahl angeboten, den ehemaligen Ministerpräsidenten Luxemburgs und früheren Euro-Gruppenchef Juncker als Kandidaten zu akzeptieren. Im Rat der Staats- und Regierungschefs traf der Vorschlag indes nicht auf einhellige Zustimmung. So sprach sich neben Ungarn und Schweden insbesondere Großbritannien gegen Juncker aus. Auf Anraten der Kanzlerin wurde daraufhin der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, damit beauftragt, bis zum Gipfel Ende Juni mit allen Beteiligten eine Lösung auszuarbeiten. Dabei soll auch das Arbeitsprogramm der Kommission für die nächsten fünf Jahre erörtert werden. Gute Ergebnisse in Brüssel, bei denen alles bedacht werde, seien selten überstürzt zustande gekommen, mahnte die Kanzlerin vor dem Bundestag. Bei der Suche nach einer Lösung gehe „Gründlichkeit vor Schnellig-

keit“. Gleichzeitig warb sie darum, den Vorbehalten des britischen Premiers David Cameron Rechnung zu tragen. Die Lockerheit, mit der manche sich über die Befindlichkeit Großbritanniens hinwegsetzten, halte sie für „grob fahrlässig“, betonte die Kanzlerin. „Es ist alles andere als gleichgültig, unwichtig oder egal“, ob Großbritannien zustimme oder nicht, ob Großbritannien Mitglied der Europäischen Union bleibe oder nicht.

Neuer Präsident der Ukraine verdient unsere Unterstützung

Heftige Kontroversen über die Ukraine-Politik zwischen der Linken und den übrigen Fraktionen im Deutschen Bundestag prägten die Debatte über den außenpolitischen Teil der Regierungserklärung. Dabei würdigte die Bundeskanzlerin die Präsidentschaftswahlen, aus der Petro Poroschenko als klarer Sieger hervorgegangen war. Die große Mehrheit der Ukrainer habe sich nicht einschüchtern lassen, sondern hat der russischen Aggression eine entschlossene Antwort gegeben. Bemerkenswert sei vor allem, dass der neue Präsident auch überall dort im Osten der Ukraine, wo eine Stimmabgabe nicht von Separatisten verhindert wurde, eine große Mehrheit erhalten habe. Die Bundeskanzlerin forderte Poroschenko auf, die auf den Weg gebrachten Reformen fortzusetzen: die Novellierung der Verfassung, die Dezentralisierung des Landes und den nationalen Dialog mit allen Kräften, die sich von Gewalt distanzieren. Abgeordnete der Linkspartei verunglimpften den neuen Präsidenten und die demokratischen Kräfte in der Ukraine erneut als Faschisten. Zur Erinnerung: Die beiden rechtsextremen Kandidaten erhielten bei den Wahlen zusammen keine zwei Prozent! Aber dies haben die Linken natürlich verschwiegen. Auch zu den fortdauernden Verstößen Russlands gegen das Völkerrecht, die Einschleusung schwer bewaffneter Kräfte und die massive Störung der Wahlen durch diese Extremisten verloren sie dabei kein Wort.

Allgemeinen Mindestlohn zum Erfolg führen

Der Bundestag hat in erster Lesung das „Tarifpaket“ mit dem allgemeinen Mindestlohn beraten. Mit ihm setzen wir ein deutliches Zeichen gegen unfaire und wettbewerbsverzerrende Löhne. Der Arbeitsmarkt muss anders behandelt werden als die Märkte, die vollkommen vom Wechselspiel aus Angebot und Nachfrage geleitet werden. Das sind wir als Christdemokraten unserem Bild von Arbeit und unserem Bild des Menschen schuldig. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht auch Ausnahmen vom Mindestlohn vor. Sie betreffen Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Auszubildende, Behinderte in eigens für sie eingerichteten Werkstätten, ehrenamtlich Tätige und Praktikanten, die entweder ein Pflichtpraktikum absolvieren oder ein freiwilliges Orientierungspraktikum von maximal sechs Wochen machen. Für Langzeitarbeitslose, die in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden sollen, gilt der Anspruch auf den Mindestlohn für die ersten sechs Monate ihrer Beschäftigung nicht. Die Union geht in die nun begonnenen Fachberatungen mit dem Ziel, die Tarifautonomie zu fördern und zu stärken. Denn diese hat in unserem Land ein ausbalanciertes Spiel der Kräfte ermöglicht. Dies verhalf nicht nur zu Prosperität und Wohlstand, sondern schuf auch ein hohes Maß an Betriebsfrieden, was viele andere Länder in Europa lange nicht erreichen konnten.

Gesamtkriminalität sinkt, Einbruchszahlen steigen aber an

Innenminister Thomas de Maizière hat die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2013 vorgestellt. Insgesamt ist die Kriminalität in Deutschland leicht zurückgegangen. Besonders erfreulich ist dabei der Rückgang der Jugendkriminalität. Sorgen bereitet aber der weitere Anstieg der Einbruchszahlen in Deutschland. Nachdem die Zahl der Wohnungseinbrüche von 2000 bis 2009 kontinuierlich gesunken war, steigt sie seither wieder an. Einbrüche sind aber Gift für das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, das gilt auch für unsere Region!

Der vom Minister angekündigte Anti-Einbruch-Pakt von Bund und Ländern ist daher die richtige Antwort, weil der Einbruchsanstieg vor allem auf das Konto internationaler Banden geht, die auch in unseren Nachbarländern ihr Unwesen treiben.

Deutschland darf nicht zum Einbrecherparadies Europas werden. Dem kann nur durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen begegnet werden. Wir brauchen mehr statt weniger Polizisten auf unseren Straßen. Bund und Länder müssen künftig noch besser zusammenarbeiten, ebenso wie die Mitgliedsstaaten in Europa untereinander. Ein erster Vertrag über die grenzübergreifende Bekämpfung von Einbrecherbanden wurde bereits mit Polen abgeschlossen. Der Minister verwies aber auch darauf, dass 40% der Einbrüche im Versuchsstadium enden. Dies zeige, dass die deutschen Häuser und Wohnungen zunehmend besser gesichert werden.

Asylrecht wird verschärft

Der Bundestag hat heute mit den Beratungen zu Veränderungen im Asylrecht begonnen. Seit mehreren Jahren steigen die Asylbewerberzahlen aus Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina deutlich an. Im ersten Quartal 2014 kamen 20% aller Antragsteller aus diesen drei Ländern. Allerdings werden ihre Anträge bis auf wenige Einzelfälle sämtlich abgelehnt. Durch die zahlreichen, zumeist aus nicht asylrelevanten Motiven gestellten Asylanträge werden Bund, Länder und Kommunen mit erheblichen Kosten für die Durchführung der Verfahren und für die Versorgung der sich in Deutschland aufhaltenden Asylsuchenden belastet. Dies geht im Ergebnis zu Lasten der tatsächlich schutzbedürftigen Asylsuchenden, beispielsweise aus Syrien. Für die zeitnahe Bearbeitung ihrer Fälle stehen weniger Kapazitäten zur Verfügung. Die Einstufung als „sichere Herkunftsländer“ hilft ganz entscheidend, die Zahl der Anträge, die aus nicht asylrelevanten Gründen gestellt werden zu reduzieren, wie ein Blick nach Frankreich zeigt. Seit Serbien dort Ende 2013 diesen Status erhielt, sind die Asylanträge serbischer Bürger deutlich gesunken. Nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion müssten auch Montenegro und Albanien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden. Dies erklärte unser Landesvorsitzender Thomas Strobl in der Debatte. Beide Länder – Albanien ab Ende Juni – sind EU-Beitrittskandidaten. Dies auch deshalb, weil sie inzwischen deutliche Fortschritte beim Aufbau eines modernen Rechtsstaates gemacht haben und eine politische Verfolgung nicht stattfindet. Leider kann sich der Koalitionspartner unserer Auffassung bislang nicht anschließen. Hier werden wir weiter Überzeugungsarbeit leisten!